

Antrag 75/I/2025

Jusos

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Der/Die Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

**Wohnraum soll mir keiner gönnen - Wohnraum ist mein Recht!
Mietendeckel. Jetzt.**

- 1 1. Die Einführung eines Mietendeckels in ganz Deutschland,
- 2 unter dessen Bedingungen maximal 10EUR pro
- 3 Quadratmeter Wohnfläche in gefragten Wohngegenden
- 4 erhoben werden dürfen, dieser Deckel soll an
- 5 regionalen Gegebenheiten angepasst sein. Die Anwendung
- 6 des Mietendeckels soll durch die Landesparlamente
- 7 bei dem Ausrufen von "angespannten Wohnungslagen"
- 8 möglich werden. Damit sollen die Länder ein weiteres
- 9 Instrument über die Mietpreisbremse hinaus bekommen,
- 10 um zu hohe Mieten zu verhindern.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21 2. Als Vorstufe zur Realisierung des obenstehenden
- 22 Mietendeckels soll die Mietpreisbremse verschärft
- 23 werden. Künftig soll mö-
- 24
- 25

26 bliertes Wohnen nicht
27 von dieser ausgenommen
28 werden, zusätzlich soll
29 eine Miet-Notbremse
30 erfolgen und die Mieten
31 so lange eingefroren wer-
32 den, bis der Mietendeckel
33 etabliert ist. Dabei soll die
34 Mietpreisbremse entfristet
35 werden.

36 3. Bund und Länder müs-
37 sen ihre Investitionen
38 in sozialen Wohnraum
39 erheblich ausweiten. Ge-
40 nossenschaften, kom-
41 munale Wohnungsunter-
42 nehmen sowie andere
43 nicht-profitorientierte
44 Träger sollen gezielt ge-
45 fördert werden und vor
46 anderen kommerziellen
47 Akteuren ein Vorkaufs-
48 recht von Immobilien und
49 Bauland bekommen. Der
50 notwendige Ausbau darf
51 nicht privaten Investoren
52 überlassen werden, son-
53 dern muss durch sozialen
54 Wohnungsbau erfolgen,
55 um möglichen Rückgängen
56 im Neubau durch eine
57 Mietobergrenze entgegen-
58 zuwirken.(Wohnungsbau-
59 genossenschaften sollen

60 künftig vor anderen kom-
61 merziellen Akteuren ein
62 Vorkaufsrecht erhalten von
63 Immobilien und Bauland
64 (Bestehende Mieter*innen
65 in Mietshäusern behal-
66 ten ihr Erstvorkaufsrecht
67 - Wohnungsbaugenos-
68 senschaften bekommen
69 entsprechend ein Vorkaufs-
70 recht NACH den ansässigen
71 Mieter*innen)

72 4. Wohnungsbaugenossen-
73 schaften, die als sogenann-
74 te "Energiegenossenschaf-
75 ten" klassifiziert sind, sollen
76 weitere steuerliche Vorteile
77 bekommen.

78 5. Der Deutsche Wohnungs-
79 markt sollte sich am sogen-
80 nannten "Wiener Modell"
81 orientieren und einen
82 Mindestbestand von Woh-
83 nungen in öffentlicher Hand
84 erreichen. Der Mindestbe-
85 stand der Wohnungen in
86 öffentlicher Hand muss
87 in den Händen von Kom-
88 munen, Land oder Bund
89 sein. Darüber hinaus sol-
90 len Kommunen gesetzlich
91 verpflichtet werden, qua-
92 lifizierte Mietspiegel zu
93 erstellen und transpa-

94 rente Mietinformationen
95 bereitstellen

96 6. Die Kriterien für die Vergabe
97 von WBS sollen überprüft,
98 vereinfacht und an die ak-
99 tuellen Lebensrealitäten an-
100 angepasst werden, um mehr
101 Menschen den Zugang zu
102 bezahlbarem Wohnraum zu
103 ermöglichen.

104 7. Um bestehende Wohnrau-
105 mengpässe zu beheben,
106 muss das Land Bran-
107 denburg mehr sozialen
108 Wohnraum bauen. Die
109 BLB erweist sich dabei als
110 ineffizient, weshalb wir eine
111 Reform der BLB vorschla-
112 gen, damit die Aufträge
113 der BLB schneller an Hand-
114 werksunternehmen in ganz
115 Brandenburg vergeben
116 werden können.

117 8. Um schneller sozialver-
118 träglichen Wohnraum für
119 Studierende und Auszubil-
120 dende zu schaffen, fordern
121 wir die Etablierung eines
122 Fast-Track-Programms,
123 das aus Mittel des Infra-
124 strukturfonds des Landes
125 Brandenburg gespeist wird.
126 Dieses Programm soll dazu
127 führen, dass bestehende

128 Prozesse gestreamlined
129 werden und Prozesse bei
130 Planung, Genehmigung
131 und Ausführung optimiert
132 werden. Dabei soll auch
133 Wohnraum außerhalb der
134 klassischen Modelle des
135 Studierendenwohnheims
136 oder Azubiwohnheims
137 geschaffen werden.

138

139 **Begründung**

140 Wohnen ist ein Grundrecht – den-
141 noch erleben wir seit Jahren ei-
142 ne drastische Verschärfung der
143 Lage auf dem Wohnungsmarkt.
144 Gerade in gefragten Wohngegen-
145 den steigen die Mieten rasant,
146 während Löhne und soziale Si-
147 cherungssysteme kaum Schritt
148 halten können. Besonders jun-
149 ge Menschen, Studierende, Aus-
150 zubildende sowie Menschen mit
151 geringem Einkommen sind von
152 dieser Entwicklung massiv betrof-
153 fen. Die bisherige Mietpreisbrem-
154 se hat sich als zahnloses Instru-
155 ment erwiesen – zu viele Ausnah-
156 men, zu wenig Kontrolle, kaum
157 Wirkung.

158 Ein bundesweiter Mietendeckel
159 mit einer klaren Obergrenze
160 von 10 € / m² in angespannten
161 Wohnlagen ist daher ein notwen-

162 diger Schritt, um Mieter*innen
163 effektiv zu entlasten und so-
164 zialen Verdrängungsprozessen
165 entgegenzuwirken. Bis zur Ein-
166 führung dieses Mietendeckels
167 braucht es eine sofortige Miet-
168 Notbremse: Ein Einfrieren der
169 Mieten, das auch möbliertes
170 Wohnen einbezieht, sowie die
171 Entfristung und Verschärfung der
172 Mietpreisbremse sind überfällig.
173 Darüber hinaus müssen wir
174 den gemeinwohlorientierten
175 Wohnungsbau stärken. Woh-
176 nungsbaugenossenschaften
177 spielen dabei eine zentrale
178 Rolle: Sie wirtschaften nicht
179 profitorientiert und sichern lang-
180 fristig bezahlbaren Wohnraum.
181 Ihnen ein Vorkaufsrecht gegen-
182 über kommerziellen Akteuren
183 einzuräumen – nach dem Erst-
184 vorkaufsrecht der Mieter*innen
185 – stärkt die soziale Wohnungs-
186 versorgung nachhaltig. Auch
187 steuerliche Anreize für Genos-
188 senschaften, die zugleich als
189 Energiegenossenschaften agie-
190 ren, setzen wichtige Impulse für
191 klimagerechtes und bezahlbares
192 Wohnen.
193 Das sogenannte Wiener Modell
194 zeigt eindrücklich, dass eine star-
195 ke öffentliche Hand auf dem

196 Wohnungsmarkt funktioniert. Ein
197 Mindestbestand an Wohnungen
198 in öffentlicher Hand ist auch in
199 Deutschland ein erstrebenswer-
200 tes Ziel – gerade um langfris-
201 tig bezahlbare Mieten garantie-
202 ren zu können.

203 In Brandenburg verschärft sich
204 die Lage zusätzlich: Der Bedarf
205 an bezahlbarem Wohnraum –
206 insbesondere für Studierende
207 und Auszubildende – steigt,
208 doch der soziale Wohnungsbau
209 kommt nicht hinterher. Die BLB
210 (Brandenburgische Landesbe-
211 trieb für Liegenschaften und
212 Bauen) arbeitet ineffizient – eine
213 Reform ist dringend nötig, damit
214 Aufträge schneller an regionale
215 Handwerksbetriebe vergeben
216 und Projekte zügig realisiert
217 werden können.

218 Ein gezieltes Fast-Track-
219 Programm zur Schaffung von
220 sozialverträglichem Wohnraum
221 für junge Menschen – zusätzlich
222 zu klassischer Wohnheimmodel-
223 le – ist essenziell, um dem akuten
224 Mangel zu begegnen. Mit Mitteln
225 aus dem Infrastrukturfonds kann
226 dieses Programm zügig gestartet
227 und entbürokratisiert umgesetzt
228 werden.